

Mündliche Ergänzungen zum Geschäftsbericht

Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender

17. September 2023

ver.di-Bundeskongress 2023, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Frei ab Beginn der Rede

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter uns liegen vier außergewöhnliche Jahre. Vier Jahre, in denen wir mit Herausforderungen konfrontiert waren, die wir uns auf unserem letzten Bundeskongress im Jahr 2019 nicht vorstellen konnten. Zugleich waren das vier Jahre, in denen wir gemeinsam - mit unseren Mitgliedern - zeigen konnten, dass ver.di einen Unterschied macht – und zwar auch und gerade dann, wenn die Herausforderungen ungewohnt groß sind. Gemeinsam erreichen wir mehr als jede und jeder von uns alleine: Das leben wir – und sind damit erfolgreich.

Nur wenige Monate nach unserem letzten Bundeskongress breitete sich eine Pandemie mit dem neuen Corona-Virus aus. Ein Virus, gegen das weltweit kein Mensch immun war - und das schon bald Deutschland erreichte. Ein dramatischeres Ausmaß hatte in der Neuzeit nur die Spanische Grippe. Aber damit nicht genug: Im Februar letzten Jahres ereignete sich mit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine etwas, was den meisten von uns unvorstellbar erschien. Und die Folgen dieses Angriffs haben ebenfalls massive Auswirkungen auf uns. Das ist ein Krieg, der vom russischen Präsidenten Putin von Beginn an mit völkisch-imperialen Motiven begründet wurde. Seit mehr als einem Jahr sterben nun in diesem völkerrechtswidrigen Krieg unzählige Menschen. Abertausende sind verletzt, traumatisiert und haben ihre Heimat verloren.

Nahezu täglich steht ukrainische zivile Infrastruktur unter russischem Beschuss – oft viele hundert Kilometer von der Frontlinie entfernt. Besonders verachtenswert ist der systematische Einsatz sexueller Gewalt, insbesondere gegen Frauen.

Massenvergewaltigungen werden in diesem Krieg als Waffe eingesetzt. Und nicht nur in diesem Krieg... Der russische Präsident Putin hat schwerste Kriegsverbrechen zu verantworten – und er opfert dafür eine ganze Generation junger Russen. Unsere Solidarität gehört den Menschen, die unter Krieg und Gewalt leiden, in der Ukraine und in vielen weiteren Teilen der Welt! In Belarus werden in diesen Tagen die freien Gewerkschaften vom Regime zerstört und viele unserer Kolleginnen und Kollegen

verhaftet. Unsere Solidarität gehört daher auch den mutigen Menschen in Russland und Belarus, die ihre Stimme für die Freiheit und gegen den Krieg erheben.

Und unsere Solidarität gehört allen Menschen auf der Flucht. Viele von ihnen sind auch bei uns in Deutschland - und sie sind uns willkommen! Alle! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ukraine hat - als das Land, das überfallen wurde - ein Recht auf territoriale Integrität, auf Freiheit und auf Selbstverteidigung. Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben ganz ohne Zweifel das Recht, über die eigene Zukunft selbst zu entscheiden. Ohne militärische Unterstützung der Ukraine wäre der Krieg sehr wahrscheinlich längst entschieden. Es gäbe die Ukraine – als freien Staat – schlicht nicht mehr, mit allen Konsequenzen für die Ukrainer*innen und auch für uns.

Als Gewerkschaften sind wir Teil der Friedensbewegung – und bleiben das auch. Und wir befinden uns damit – wie die Friedensbewegung insgesamt – in einem Spannungsverhältnis. Einerseits: Die Waffenlieferungen - auch aus Deutschland - helfen der Ukraine, sich gegen die fortgesetzten russischen Angriffe zu verteidigen und den Sieg russischer Truppen und Söldner bislang zu verhindern. Und ja, gleichzeitig verlängern diese Waffen den Krieg, das Töten und das Sterben. Es steht die Drohung der russischen Führung im Raum, zur Abwendung einer militärischen Niederlage in der Ukraine auch Atomwaffen einzusetzen. Eine furchtbare und gänzlich unverantwortliche Drohung. Und gleichzeitig macht diese Drohung Angst – auch in Deutschland. Und gleichzeitig: Die Ukraine nicht zu unterstützen, wäre ein Freibrief für Atomkräfte wie Russland, gewaltsam Grenzen zu verschieben und beliebige Eroberungskriege zu führen.

In der Gesellschaft insgesamt und damit spiegelbildlich auch in ver.di wird unterschiedlich bewertet, welcher Weg der richtige ist, um den Krieg zu beenden, insbesondere zum Thema Waffenlieferungen.

Mir ist wichtig: Uns als ver.di kennzeichnet, dass unterschiedliche Bewertungen und Risikowahrnehmungen jeweils ihre Berechtigung und ihren Platz in unserer Gewerkschaft haben. Und bislang ist es auch weit überwiegend gelungen, die Diskussion in ver.di mit gegenseitigem Respekt und ohne Unterstellungen zu führen. Und das soll auch auf diesem Bundeskongress geschehen. Niemand hat ein Monopol darauf, „die“ Friedensbewegung zu sein.

Wir werden uns auf unserem Kongress die gebührende Zeit nehmen, um über den Krieg und seine Folgen miteinander zu debattieren. Und zwar auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und Werte: Denn uns eint der Wunsch nach dauerhaftem Frieden und Sicherheit. Und uns vereint, dass wir nicht akzeptieren, wenn die Politik in Deutschland überwiegend in militärischen Kategorien denkt und handelt. Uns eint die Erkenntnis, dass Sicherheit mehr ist als nur militärische Abschreckung. Wirkliche Sicherheit braucht auch zivile Konfliktprävention, internationale Entwicklungsarbeit, die Bekämpfung von Fluchtursachen sowie Zivil- und Katastrophenschutz.

Deswegen sagen wir „Nein“ zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Und wir sagen „Nein“, auch zu dem 100 Milliarden Sondervermögen, das die Bundesregierung alleinig für Zwecke der Bundeswehr und zur Beschaffung von Rüstungsgütern beschlossen hat. Denn dann fehlt das Geld für gute Bildung, für die Pflege, für mehr soziale Sicherheit und für Klimaschutz!

Und es ist eine falsche und fatale Weichenstellung, wenn – wie geplant – im zukünftigen Bundeshaushalt gleichzeitig die Mittel für Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit gekürzt werden. Immer mehr Waffen allein machen die Welt nicht sicherer! Diese falsche Logik akzeptieren wir nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht der alleinige Grund - aber insbesondere in der Folge des Krieges ist die Inflation so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Zwar hat

sich die Lage auf den globalen Energiemärkten inzwischen etwas beruhigt. Allerdings ist auch in diesem Jahr mit einer satten Inflation von 6 Prozent zu rechnen. Und dafür gibt es, wie gesagt, nicht nur einen Grund. Auch die Profitgier mancher Unternehmen spielt dabei eine Rolle und die ist bekanntlich unersättlich. Und sie treibt insbesondere die Preise für Nahrungsmittel so sehr an, dass sogar die höchste Währungshüterin Europas, Christine Lagarde, zu dem Ergebnis kommt, wir haben es hier mit einer regelrechten „Gierflation“ zu tun. Eine bemerkenswert klare Aussage der EZB–Chefin.

Die hohe Inflation hat eine harte soziale Schieflage. Die steigenden Lebenshaltungskosten treffen Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders – und damit viele unserer Kolleg*innen. Wir haben deshalb als ver.di von Anfang an den Finger in diese Wunde gelegt und eine staatliche Antikrisenpolitik gefordert, die diese Schlagseite der hohen Inflation korrigiert. Und bei allem, was auch gut gelaufen ist: Hervorheben möchte ich die Preisbremsen für Strom und Gas, die wir seit dem Frühjahr 2022 gefordert hatten. Insgesamt fehlt in der Politik der Bundesregierung das Gespür für die harte soziale Schieflage der Inflation. Bei den 300 Euro Energiegeld im vergangenen Jahr waren Rentner*innen und Studierende ausgenommen. „Ausgenommen“ nicht etwa „vergessen“, denn das war kein Zufall. Und es brauchte massive Interventionen der Gewerkschaften, insbesondere von uns und der EVG, zusammen mit den Sozialverbänden, um das zu heilen.

Weiterhin: Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum die Ampelkoalition im Herbst letzten Jahres das sogenannte Inflationsausgleichsgesetz des Bundesfinanzministers Christian Lindner durchgewinkt hat. Stichwort: „Kalte Progression“. Hauptsächlich wirkt das Gesetz positiv für die oberen Einkommen - und beschert unserem Gemeinwesen insgesamt Einnahmeausfälle von 33 Milliarden Euro. Das ist das Gegenteil von einer zielgerichteten sozialen Politik. Und da ist es gut, das Hamburg im Bundesrat eine Initiative gestartet hat, um wenigstens den schlimmsten Fehlentwicklungen des Inflationsausgleichsgesetzes entgegenzuwirken. Hochverdiener sollen weniger Steuerersparnis haben und die staatlichen Einnahmen verbessert

werden. Wir unterstützen das und ich hoffe sehr, dass sich möglichst viele Bundesländer anschließen. Andernfalls verbitte ich mir übrigens jedes Rumgejaule der Länder in der bevorstehenden Tarifrunde mit ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr wisst, wie wir auf unserem letzten Kongress im Jahr 2019 gestartet sind. Wir wollten tarifpolitisch in die Offensive, die Fachbereiche und unsere Arbeitsabläufe neu aufstellen – und vieles andere mehr. Dann, keine vier Monate nach dem letzten Bundeskongress: Stillstand. Was als dpa-Meldung am 31.12.2019 über den Ticker ging, las sich zunächst so, als ob es um ein fernes Problem ginge. Eines, mit dem man sich Silvester nicht intensiv befassen müsse: „Eine mysteriöse Lungenkrankheit ist in Wuhan ausgebrochen, (...) 27 Erkrankte infiziert, (...) sieben Patienten seien in ernstem Zustand, (...) die anderen Fälle stabil und in Quarantäne.“

An den weiteren Fortgang der Dinge erinnert Ihr Euch alle noch genauso gut wie ich. Denn die Pandemie hat unser aller Leben zeitweise auf den Kopf gestellt und unseren Zusammenhalt auf die Probe gestellt. Und die Pandemie hat viele unserer Gewohnheiten und die Art, wie wir arbeiten, verändert – und das dauerhaft: Am 9. März wurde der erste Todesfall in Deutschland nach Erkrankung mit dem „neuartigen Corona-Virus“ gemeldet, wie es damals noch hieß. Bis heute sind allein in Deutschland nach Angaben des Robert-Koch-Instituts etwa 174.000 Menschen daran verstorben. Am 20. März 2020 wurden die ersten Ausgangssperren verhängt. Maßgabe des staatlichen Handelns war zuallererst, eine Überforderung der Krankenhäuser zu verhindern. Schulen und Kitas waren dicht. Wer konnte, musste daheimbleiben. Unsere Kolleg*innen, die einer „systemrelevanten“ Arbeit nachgehen – mussten sich allerdings unverändert auf den Weg an ihren Arbeitsplatz machen.

Das war damals eine gespenstische und beängstigende Situation für alle. Hamsterkäufe und Tumulte in den Supermärkten - und unsere Kolleg*innen aus dem Handel mittendrin. Überfüllte Krankenhäuser - und unsere Kolleg*innen auf den Stationen und in den Laboren mittendrin. Die Menschen haben, was immer ging, an Waren online

geordert. Das Sendungsvolumen des Online-Handels sowie der Post- und Paketdienste stellte sämtliche Rekorde ein - und unsere Kolleg*innen haben geschleppt, gepackt und die Waren geliefert. Unter hohem persönlichen Einsatz unserer Kolleg*innen wurden seinerzeit die wesentlichen Funktionen unseres Gemeinwesens aufrecht erhalten – von der Energieversorgung über den Nahverkehr, die Entsorgung bis zur Bundesagentur für Arbeit. Und das sind nur Beispiele. Denn unsere Kolleginnen und Kollegen sind überall: Mittendrin!! Auch jetzt, wo die Fallzahlen wieder steigen und wir spüren, dass Corona immer noch da ist.

Und ver.di? Auch wir als Gewerkschaft mussten in der Phase der Lockdowns unsere Geschäftsstellen dichtmachen. Wir konnten den persönlichen Kontakt, wie wir ihn kennen und wie er wesentlich für unsere gewerkschaftliche Arbeit ist, vielfach nicht aufrechterhalten. Und trotzdem war ver.di ohne Unterbrechung da und hat gearbeitet - Ehrenamtliche und Hauptamtliche - für unsere Mitglieder. Und so wurde flächendeckend die Betreuung sichergestellt, mit großem persönlichen Einsatz und viel Flexibilität, der Kontakt zu unseren Mitgliedern in den Betrieben und Dienststellen - oder ins Homeoffice - gehalten. Denn selten war Gewerkschaft notwendiger als gerade in dieser Zeit.

Im Jahr 2020 schnellte die Zahl auf 2,9 Millionen Betroffene in Kurzarbeit hoch. Eine existenzielle Herausforderung für viele unserer Mitglieder – und ver.di war da. Im Handel, wo Läden geschlossen werden mussten, für Kino-, Musical- oder Filmbeschäftigte, für Seeleute und auch für die Kolleg*innen im öffentlichen Dienst, die von Kurzarbeit betroffen waren.

Gut, dass wir eine gesetzliche Erhöhung des Kurzarbeitsgeldes und eine Vielzahl von Tarifverträgen mit zusätzlichen Aufstockungen durchsetzen konnten! Aber natürlich gingen die Fragen weiter: Wie geht das mit der Arbeit von zu Hause aus? Wie lässt sich die Arbeit vom heimischen Küchentisch aus erledigen, wenn die Kinder da

herumspringen? Wir haben als ver.di versucht, möglichst konkrete Antworten zu finden und zu unterstützen.

Zum Beispiel auch über die zentrale Corona-Hotline, die am 30. März 2020 an den Start ging und bis zum Juni tausende Anfragen unserer Mitglieder bearbeitet hat. In Windeseile wurden auch digitale Weiterbildungsangebote entwickelt, über die sich dann unsere Mitglieder online zu den neuen Bedingungen informieren und vernetzen konnten. Auch politisch waren wir für unsere Mitglieder unterwegs. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie waren enorm, zum Beispiel für Solo-Selbstständige, für Kulturschaffende, die Knall auf Fall ins Bodenlose fielen. Wobei insbesondere für die Solo-Selbstständigen mehr drin gewesen wäre, wenn die politisch Verantwortlichen es gewollt hätten. Übrigens nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch in den Ländern. Auch die Frage, zu welchen Bedingungen können und sollen Unternehmen aus unserem Organisationsbereich in der Krise durch den Staat unterstützt oder sogar gerettet werden, hat uns intensiv beschäftigt. Dazu hat es immer wieder Runden mit der Bundesregierung und den Landesregierungen gegeben.

In der damaligen Zeit ist viel vom „Brennglas“ geredet worden, unter dem die Dinge besonders sichtbar wurden. Und in der Tat: Brüche sind offen zutage getreten, klafften auf - wie Wunden in unserer Gesellschaft. Es ist überdeutlich geworden, dass wesentliche Teile der Daseinsvorsorge seit Jahren auf Verschleiß gefahren werden, dass außerdem ein Riesen-Investitionsstau in Deutschland besteht und dass massive Defizite bei der Digitalisierung vorhanden sind. Und der Wahnsinn geht weiter!

Im aktuellen Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind die Mittel für Investitionen in die Digitalisierung der öffentlichen Hand fast auf null zusammengestrichen worden, da fasst man sich nur noch an den Kopf.

In der Pandemie ist deutlich geworden, es fehlt an Resilienz. Und wir haben viel zu wenig Personal in fast allen Bereichen. Arbeit in Dienstleistungsberufen bedeutet viel zu oft: „Arbeiten am Limit“. Am körperlichen und am seelischen Limit. Und: Überdeutlich ist geworden, dass unsere Kolleg*innen zwar den „Laden“ am Laufen halten, aber wenn es um ihre Entlastung und eine angemessene Entlohnung geht, vom „System“ nichts kam oder kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Zeit haben wir noch einmal bestätigt bekommen – insbesondere mit Blick auf die Beschäftigten in systemrelevanten Berufen: „Undank ist der Welten Lohn“. Außer warmen Worten haben die Beschäftigten von ihren Arbeitgebern und Dienstgebern wenig zu erwarten.

Deshalb müssen wir auf die eigene Kraft setzen und diese systematisch weiterentwickeln. ver.di hat diesen Kampfauftrag angenommen, das haben wir nicht zuletzt in den Tarifrunden dieses Jahres bewiesen. Lasst mich an dieser Stelle auch etwas zu den Veränderungen innerhalb von ver.di sagen. Denn wir haben in diesen – hoffentlich – einmaligen Jahren viel mehr als nur Krisenmanagement betrieben. Wir haben Pflöcke gesetzt – mit Wirkungen weit über die Corona-Zeit hinaus. Wir haben - mit allen Herausforderungen, die solche Fusionsprozesse formal und zwischenmenschlich mit sich bringen, drei neue Fachbereiche an den Start gebracht! Damit haben wir gewerkschaftliche Kraft gebündelt und sind schlagkräftiger geworden!

Und auch nicht so mal eben nebenher - wurde noch der Roll-Out von „Perspektive ver.di wächst“ abgeschlossen. Die Arbeit, die geleistet wurde - seit Beginn des Roll-Out, von dem der größte Teil mitten in die Hoch-Zeit von Corona fiel, ist beachtlich: Seit Anfang 2020 wurden in den ver.di-Zentren und in den Teams Beratung und Recht von 565 Kolleg*innen insgesamt 2.550.000 Anliegen unserer Mitglieder abschließend bearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur von mir, sondern an dieser Stelle ganz sicher auch von euch im Namen des Bundeskongresses. Das war eine extrem herausfordernde Zeit, in der wir als ver.di nicht nur unsere Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt haben, sondern zeitgleich auch wichtige Veränderungen umgesetzt haben. Ein wirklich ganz herzlicher Dank an alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen für diese Leistung und Euer Engagement!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die von mir hier angerissenen Weichenstellungen sind kein Selbstzweck. Wir kreiseln nicht um unseren Bauchnabel und beschäftigen uns mit unserem Innenleben, sondern wir überlegen gemeinsam, was wir tun können, um als gewerkschaftliche Interessenvertretung schlagkräftiger zu werden. Es geht um Kontakt, um Austausch, um mehr Beteiligung unserer Mitglieder – um Aktivierung und um „neues Selbstbewusstsein“. Und so ist die wohl wichtigste Veränderung in ver.di in den vergangenen vier Jahren: Wir haben eine neue Arbeitskulturfunktion entwickelt. Eine, die auf Mitmachen und neue partizipative Formate setzt, die beteiligungsorientiert und die digital ist.

Und ja, da sind uns die Veränderungen durch die Corona-Zeit sogar entgegengekommen, klar. Weil wir zeitweise dazu gezwungen waren, Forderungsdiskussionen, Verhandlungen, ja sogar Streiks virtuell durchzuführen. Nachdem unsere Kolleg*innen in der Ver- und Entsorgung, im Gesundheitswesen, in der ganzen Breite des Öffentlichen Dienstes, bei der Post, im Handel und an vielen anderen Stellen alles gegeben haben, um den Laden am Laufen zu halten, sollten sie dennoch nur mit einem warmen Händedruck abgespeist werden. Alle Tarifeinverständnisse waren in der Hochzeit der Pandemie ein Ritt auf der Rasierklinge. Wir haben in dieser Situation strategisch neue Instrumente eingeführt, die wir weiter schärfen. Oder wir trennen uns wieder von ihnen, wenn sie uns dem gemeinsamen Ziel, durchsetzungstärker zu werden, nicht näher bringen.

So gibt es jetzt Tarifbotschafter*innen. Sie sind ein Bindeglied zwischen der Verhandlungsführung und den Betrieben und Dienststellen – im direkten Austausch mit der Verhandlungsführung, Kolleg*innen, die in den Tarifbewegungen Verantwortung übernehmen. Aufbauend auf die bestehende Vertrauensleutearbeit sind wir solche Wege auch in der Tarifrunde für die Post gegangen. Auch in der aktuellen Tarifrunde im Handel gibt es eine große Dynamik mit vielen neuen Aktiven, die die Dinge selbst in die Hand nehmen. Mit dem Instrument der Stärketests können wir uns ein realistisches Bild davon machen, wie durchsetzungsfähig wir in einzelnen Bereichen wirklich sind und das auch öffentlich zeigen. Das haben wir in der Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen im Herbst 2022 praktiziert, sehr erfolgreich - mit 330.000 Kolleg*innen, die sich öffentlich sichtbar hinter unsere Forderungen gestellt haben.

All diese Instrumente entwickeln wir weiter. Denn was gibt mehr Selbstvertrauen und Stärke als zu wissen und zeigen zu können: Seht her, die Mehrheit steht hinter uns, hinter ihrer Gewerkschaft ver.di? Liebe Kolleginnen und Kollegen, stärker werden wir auch, wenn wir Bündnisse eingehen und unsere Forderungen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen durchsetzen. Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg, wenn wir uns zum Beispiel in den sehr erfolgreichen ÖPNV-Tarifkampagnen mit Fridays for Future zusammen tun - und gemeinsam für einen besseren Nahverkehr als wesentlichen Baustein für die Klimawende kämpfen. Ein anderes Beispiel sind die Streiks am 8. März, die wir gemeinsam mit kämpferischen Frauenorganisationen und dem Fokus auf das Thema Sorgearbeit und soziale Arbeit machen.

Wenn ich auf die Erfolge schaue, dann ist es mir wichtig, mit Respekt und Anerkennung auf unsere Kolleg*innen an den Flughäfen zu schauen. Dank der systematischen gewerkschaftlichen Arbeit, die dort seit Jahren geleistet wird, sind diese zu einem regelrechten Epizentrum der Arbeiter*innen-Bewegung geworden! Was früher einmal die Stahlindustrie oder die Druckindustrie für die gewerkschaftliche Handlungsmacht bedeutet hat, ist heute der Luftverkehr. Schrittmacher für

tarifpolitischen Fortschritt. Und vergleichbar gilt das für das Gesundheitswesen und das gesamte Feld der sozialen Arbeit. Deshalb dürfen die Tarifbewegungen zur Entlastung an Krankenhäusern, sei es bei Charité und Vivantes hier in Berlin, an den Unikliniken in NRW, in Frankfurt und Gießen/Marburg an dieser Stelle nicht fehlen.

Das sind Bewegungen, bei denen wir breite Teile der Zivilgesellschaft als aktive Unterstützer*innen von Arbeitskämpfen hinter uns gebracht haben. Und zugleich wurde mit neuen oder deutlich weiterentwickelten Organisations- und Streikformen ein neues Kapitel im Arbeitskämpflexikon aufgeschlagen. Das sind große, stark politisch geprägte Auseinandersetzungen, die allen Beteiligten viel abverlangen.

Auseinandersetzungen mit hohen Eintrittszahlen, weil sie so zugespitzt sind - auf den Einsatz jedes und jeder Einzelnen. Das alles sind wichtige Bausteine für eine erfolgreiche und kämpferische Gewerkschaftsarbeit. Sie zeigen: Wir als ver.di können Veränderung und wir können Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Schritte haben wir gemacht und es geht weiter: Auch, weil wir selbstbewusste junge Mitglieder in unseren Reihen haben, die von uns allen Veränderungen einfordern und selbst sehr aktiv mitgestalten. Heute sind 88 Delegierte im Saal, die zur ver.di-Jugend gehören. Liebe Kolleg*innen von der ver.di-Jugend, Ihr sollt uns „Satzungserwachsene“ weiter fordern und Euren Platz in ver.di beanspruchen! So wie Ihr uns mit der Jugendtarifkampagne zeigt, wie das geht, Nachwuchs in Tarifrunden zu gewinnen und zu aktivieren! Ihr stellt großartige, machtvolle, bunte und laute Streiktage auf die Beine. Echte Höhepunkte, an denen Ihr in den vergangenen vier Jahren nicht nur Gelsenkirchen gerockt habt, sondern auch Mannheim, Berlin, Nürnberg und diverse andere Städte der Republik! Eure Tarifrebellion ist eine große Bereicherung für die ver.di-Tarifarbeit. Herzlichen Dank dafür – mehr davon!

Unser Weg als ver.di – ist der Weg einer konsequenten Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten - unserer Mitglieder. Und den Weg gehen wir mutig und

geradeaus, mit unseren Mitgliedern bei der Deutschen Post mit einer knackigen Tarifrunde am Beginn des Jahres. Im Öffentlichen Dienst, mit vielen positiven Erfahrungen in der Tarifrunde für die private Energiewirtschaft. Mit einer beispielhaften Tarifenergie haben die rund 30.000 Beschäftigten durchschnittlich 484 Euro mehr Geld im Monat bei einer Laufzeit von 21 Monaten erkämpft, nach einem Beteiligungs- und Mobilisierungsprozess wie aus dem Lehrbuch.

Oder – ganz aktuell: Für die Beschäftigten im Speditions- und Güterverkehr Sachsen konnte eine Einigung über 18,45 Prozent mehr Geld in den nächsten zwei Jahren erzielt werden, plus einer deutlichen Steigerung bei der Jahressonderzahlung. Und natürlich geht von dieser Stelle, von diesem Kongress ein starkes solidarisches Signal an unsere Kolleg*innen im Handel! Für die rund fünf Millionen Beschäftigten im Handel, im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel und Versandhandel stecken wir noch mitten in einer herausfordernden Auseinandersetzung. Über deren Ausgang lässt sich zumindest eines jetzt schon mit Sicherheit sagen: ver.di lässt sich nicht kleinkriegen – und im Handel geht was! Kolleg*innen engagieren sich, treten bei uns ein – und sie streiken, und das, obwohl die Arbeitgeber Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um sie einzuschüchtern. In bislang unbekanntem Ausmaß wird versucht, mit Klagen und Schadenersatzforderungen die Streikenden und uns als Organisation unter Druck zu setzen.

Erreichen tun sie damit das Gegenteil: Wir werden stärker und lassen in unserem bundesweiten Kampf um mehr Geld für die Kolleg*innen nicht nach. Auch nach monatelangen Verhandlungen in den Tarifregionen des Einzel- und Versandhandels sowie des Groß- und Außenhandels liegen nur völlig unzureichende Angebote der Arbeitgeber vor bei einer von den Arbeitgebern angestrebten Laufzeit von 2 Jahren im einstelligen Bereich. Das wäre nichts anderes als eine Fortschreibung von Reallohnverlusten – und das bei Kolleginnen und Kollegen, die sich ohnehin schon am unteren Ende der Einkommenskala bewegen. Die Beschäftigten im Handel sind

besonders hart von der hohen Inflation betroffen, während zumindest einige der großen Handelskonzerne prima verdienen.

Nach Angaben des Einzelhandelsverbandes HDE sind in der Branche akut 118.000 Stellen nicht besetzt. Ehrlich gesagt, mich wundert das nicht. Welcher junge Mensch will schon in einer Branche arbeiten, die durch Tariffucht gekennzeichnet ist – und durch Arbeitgeber, die gerne an sich selbst denken, Respekt gegenüber ihren Beschäftigten aber so sehr vermissen lassen. Es geht in dieser Tarifrunde um etwas, das spüren alle. Die Streikbeteiligung ist so gut wie schon lange nicht mehr. Und wenn ich noch mal das Bild von den neuen „Epizentren der Arbeiter*innen-Bewegung“ benutzen darf, dann gehören ganz sicher auch die Zentralläger der großen Einzelhandelskonzerne dazu. Auch hier ist eine systematische Aufbauarbeit geleistet worden – und heute sind diese Knotenpunkte des Handels eine feste Bank in den Arbeitskämpfen. Gut so – und Gratulation!

Ein besonders herzlicher Gruß geht an die Kolleginnen und Kollegen von Galeria. Ihr seid nicht nur Teil der Tarifrunde im Einzelhandel, sondern kämpft gleichzeitig gegen immer neue Angriffe auf die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in dem einstmals stolzen Konzern. Und es ist daher wichtig und ermutigend, dass sich sehr viele Kolleg*innen von „Galeria“ an den laufenden Streikmaßnahmen beteiligen.
Solidarische Grüße!

Weiter so - das gilt auch für unsere Kolleginnen und Kollegen bei Amazon: Am 14. Mai 2013 haben Beschäftigte in den Amazon-Verteilzentren Bad Hersfeld und Leipzig zum ersten Mal die Arbeit niedergelegt. Seit nun 10 Jahren finden regelmäßig Streiks statt – und das an immer mehr Standorten. Mit Erfolgen – regelmäßig erhöht Amazon nach Arbeitskämpfen die Löhne – und auch Vereinbarungen zum Gesundheitsschutz wurden erkämpft. Doch ihr eigentliches Ziel haben die vielen ver.di-Mitglieder beim Online-Giganten bis heute nicht aus den Augen verloren: Einen Tarifvertrag, der ihre Arbeitsbedingungen auf Dauer sichert und nicht einseitigen Entscheidungen ihres

Arbeitgebers überlässt. Wir gratulieren, liebe Kolleg*innen, zum Durchhaltevermögen, zum Mut, mit dem Ihr nicht locker lasst und dran bleibt, um Amazon seine Grenzen zu zeigen. Mittlerweile gibt es an allen großen Standorten Betriebsräte, auch das ist ein Erfolg unserer Arbeit.

Aber natürlich können wir gegen einen globalen Player nur global vernetzt agieren und so sind wir stolzer Teil der Bewegung "Make Amazon pay", einer stolzen, machtvollen Bewegung, die mittlerweile viele Länder auf der Welt umfasst. Denn auch die Amazon-Beschäftigten kommen ja aus aller Welt und arbeiten für einen Arbeitgeber, der weltweit aktiv ist und seine Beschäftigten weltweit ausspäht und ausbeutet, wo es nur geht. Und gerade die Kolleg*innen, die aus aller Welt kommen, sind oftmals der Motor dieser Arbeitskämpfe – auch in Deutschland. Etwas, was wir während der Prime Days im Juli wieder bei unzähligen bewegten und bewegenden Streikaktionen sehen konnten, als wir gesagt haben: Statt Schnäppchen gibt es Streiks! Solidarische Grüße an unsere Kolleginnen und Kollegen bei Amazon. Sie befinden sich in einem Kampf, der sich lohnt – und den wir deshalb so lange weiter vorantreiben, wie das notwendig ist!

Aus aller Welt kommen und in aller Welt arbeiten die Kolleg*innen für die Tech-Giganten. Allzu oft glauben die Tech-Konzerne, mit ihren Plattformen der Welt neue Spielregeln diktieren zu können. Elon Musk und Co lassen grüßen. Wir hingegen können internationale Solidarität, sie ist wesentlicher Bestandteil unserer gewerkschaftlichen DNA. Und damit organisieren wir Kolleg*innen aus aller Welt bei uns, ob bei TikTok, wo mit unserer starken Unterstützung ein Betriebsrat durchgesetzt werden konnte, mit einer klaren Mehrheit für ver.di. Oder in diesem Sommer bei dem Essener Standort von Telus-International. Einem Konzern, der aus Kanada heraus mittlerweile global agiert.

In Essen wird im Auftrag von Facebook die Plattform von Gewaltexzessen „gereinigt“, indem echte Menschen, sogenannte Content Moderator*innen - Livestreams

anschauen, in denen gemordet und vergewaltigt wird und die diese Szenen dann zu unserem Schutz „unsichtbar“ machen. Die Kolleg*innen von Telus haben im April dieses Jahres eine Konferenz für Content-Moderator*innen aus aller Welt bei uns im Berliner ver.di-Hauptquartier besucht. Und sie sind zurück nach Essen gefahren und haben begonnen, sich bei ver.di zu organisieren. Mittlerweile sind rund 450 von 1.800 Kolleg*innen Mitglied geworden. Mitte Juni haben Telus-Beschäftigte Mitgliedern des Digitalausschusses des Deutschen Bundestags von ihrer belastenden Arbeit berichtet. Unser Kollege und Wahlvorstandsmitglied Cengiz Özdan wurde daraufhin von der Arbeit frei gestellt und sollte sich nicht mehr im Unternehmen blicken lassen dürfen. Da hatte Telus allerdings die Rechnung ohne die Power unserer Kolleg*innen und von ver.di gemacht:

Der Kollege wird von ver.di unterstützt und rechtlich begleitet und vor allem gibt es jede Menge Solidarität im Betrieb und in der Gewerkschaftsöffentlichkeit. Und es war sicher purer Zufall, dass ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Konfliktes Facebook meinte, die ver.di-Facebook-Seite für 24 Stunden sperren lassen zu müssen Nun – wir sind wieder online. Und noch viel wichtiger: Mittlerweile ist der Betriebsrat bei Telus gewählt, 77 Prozent haben für die ver.di-Liste gestimmt.

Und weil es so schön ist, kann ich Euch an dieser Stelle von einer weiteren wegweisenden Entwicklung berichten, die sich in diesem Sommer ereignet hat. In der Waldklinik Eisenberg in Thüringen haben unsere Kolleg*innen einen Tarifvertrag ausgehandelt. Er sieht nicht nur vor, dass die Arbeitszeit der rund 700 Beschäftigten um bis zu fünf Stunden auf 35 Stunden reduziert wird, bei vollem Lohnausgleich.

Es konnten auch erhebliche Einkommenssteigerungen durchgesetzt werden. Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge werden ausgeschlossen. Im Schichtbetrieb sind sechs freie Wochenenden pro Quartal garantiert und die Zahl der Urlaubstage wird erhöht. Und das kommt noch hinzu: Dieser Tarifvertrag ist mitgliederexklusiv. Nur wer

ver.di-Mitglied ist, profitiert von den attraktiveren Arbeitsbedingungen. Von den 700 Beschäftigten sind mittlerweile über 450 ver.di-Mitglied geworden. Ein schöner Erfolg.

Erfolgreiche Arbeit zahlt sich aus! Das sehen wir zum Beispiel auch daran, dass wir nach den starken Tarifrunden bei der Post und bei der Lufthansa in beiden Unternehmen fulminant die Aufsichtsratswahlen gewonnen haben und uns gegen zum Teil aggressiv auftretende Konkurrenz-Organisationen durchsetzen konnten. Auch dazu unsere Gratulation!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe hier beispielhaft einige Bewegungen und Entwicklungen dargestellt, weil es wichtig ist, dass wir genau analysieren, was die Voraussetzungen für erfolgreiche Auseinandersetzungen sind. Genauso müssen wir Niederlagen auswerten, denn auch daraus lernen wir. Lernen - und Erfahrungen verbreitern. Und die Stärkung unserer kollektiven Durchsetzungsfähigkeit zum Maßstab für die Weiterentwicklung unserer Gewerkschaft machen. Darum geht es! Weniger rumfrickeln in manchmal erstarrter Gremienarbeit, stattdessen mehr Betrieb, mehr Aktion! Das verbessert übrigens auch die Lebensqualität.

Wir sind ver.di - und können wirklich viel voneinander lernen! Dann sind auch Erfolge bei der Mitgliedergewinnung möglich. Und deshalb kommt es auch nicht von ungefähr, dass wir in diesem Jahr 2023 einen Rekord aufstellen bei der Zahl der Eintritte: Über 140.000 Eintritte bis zum heutigen Tag. Darunter übrigens fast 35.000 Eintritte, die jetzt die ver.di-Jugend stärken. Wir wachsen gerade bei jungen Mitgliedern. Insgesamt ist das die höchste Eintrittszahl seit der Gründung von ver.di vor nunmehr 22,5 Jahren. Zum Vergleich – im letzten Jahr vor Corona im Jahr 2019, hatten wir im gesamten Jahr 125.000 Eintritte – und das war damals das viertbeste Jahr in unserer Geschichte. Wir werden, wenn das Jahr normal weiterläuft - in diesem Jahr auch im Saldo mit einem deutlichen Mitgliederzuwachs von mehreren zehntausend Mitgliedern abschneiden.

Man muss schon ziemlich weit zurück in die Gewerkschaftsgeschichte eintauchen, um vergleichbare Ergebnisse vorzufinden, in absoluten Zahlen oder prozentual bei unseren Gründungsgewerkschaften. Genau gesagt, in die frühen 80er Jahre Westdeutschlands. Ist das die Trendwende in der Mitgliederentwicklung? Nein, das ist sie nicht. Wir haben als ver.di unverändert mit den Herausforderungen zu kämpfen, wie übrigens alle großen Mitgliederorganisationen und auch Parteien: Überdurchschnittlich viele Mitglieder im, sagen wir mal, „lebenseffahrenen Alterssegment“ und einen Trend zu einer situationsbezogenen Mitgliedschaft mit entsprechender Fluktuation. Dem Trend zur hop on/hop off Mitgliedschaft. Deshalb bleibt die Verbesserung der Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung unverändert im Zentrum unserer Pläne und Aktivitäten.

Die gute und wichtige Botschaft ist jedoch: Die bisherige Mitgliederbilanz dieses Jahres ist kein Zufall, sondern Ergebnis davon, das ziemlich viel von dem, was wir systematisch geplant und vorbereitet haben - auch ziemlich gut funktioniert hat. Das führt zu zwei Erkenntnissen: Erstens: Es geht! Und zweitens: ver.di kann es!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tariffbewegungen, die gewonnenen betrieblichen Konflikte, die Mitgliederentwicklung in der Zeit nach dem Corona-Blues: Das sind gemeinsame Erfolge von den vielen Aktiven, den Kolleg*innen, die ver.di erst möglich machen.

Unsere Gewerkschaft ist in den vergangenen vier Jahren noch ein bisschen bunter geworden und das ist gut so, denn wir sind ver.di: Wir sind Migrationsgewerkschaft, wir sind Regenbogen, wir sind Erwerbslose, wir sind Senior*innen und Jugend, Beamt*innen, Arbeiter*innen und Angestellte und Selbstständige.

Und wir sind die größte Frauenorganisation Deutschlands. Und gemeinsam nehmen wir es mit denen auf, die sich nicht an die Spielregeln von sozialem und solidarischen

Miteinander halten wollen! Und deshalb: Dank und Respekt dieses Bundeskongresses an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Tariffbewegungen und in der Mitgliedergewinnung engagiert haben und weiter engagieren. Jede und jeder Aktive in ver.di ist wichtig für unsere Kampfkraft und unseren Erfolg. Weiter so!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in dem euch in OpenSlides vorliegenden Geschäftsbericht beschreiben wir alle wichtigen politischen Handlungsfelder für uns als ver.di. Berichtsschluss war der 31. Dezember 2022. Auch danach gab es politische Weichenstellungen, die wichtig für die Debatte auf unserem Bundeskongress sind, deshalb hier einige Schlaglichter. Lasst mich mit der Situation bei der Post beginnen. Die Bundesregierung will das Postgesetz „novellieren und dabei sozial-ökologische Standards weiterentwickeln sowie den fairen Wettbewerb stärken.“, so steht es im Koalitionsvertrag. So weit, so gut. Eckpunkte, die das Wirtschaftsministerium im Januar vorgelegt hat, lassen dann weniger Gutes hoffen, ein konkreter Gesetzentwurf steht noch aus.

Wir bringen uns in die Auseinandersetzung um die Novelle des Postgesetzes selbstverständlich intensiv ein, denn für unsere Kolleg*innen bei der Post geht es ganz wesentlich darum, dass der angekündigte „faire Wettbewerb“ (so der Koalitionsvertrag) nicht weiter zu ihren Lasten ausgetragen wird. Und vor allen Dingen, dass ihre Arbeitsplätze auch in Zukunft sicher sind. Umso skandalöser ist es, dass die zuständige Bundesnetzagentur mit ihrer Ablehnung der von der Deutschen Post AG geforderten Portoerhöhung Anfang August ein Signal gesetzt hat, das unmissverständlich ist: Der Wettbewerb soll weiter über den Preis ausgetragen werden und damit auf dem Rücken der 180.000 Beschäftigten ausgetragen werden - für die harte Arbeitsbedingungen eh schon an der Tagesordnung sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der flächendeckende Universaldienst muss finanzierbar bleiben. Sonst wird weder in den notwendigen klimaneutralen Umbau - noch in gute Arbeitsbedingungen investiert. Sondern im Gegenteil: Zehntausende Arbeitsplätze wären bedroht.

In der Kurier- und Expressbranche haben prekäre Bedingungen und Ausbeutung ein unerträgliches Maß angenommen. Wir werden es als ver.di nicht hinnehmen, dass die Paketzustellung tagtäglich mit ausbeuterischen und gesetzeswidrigen Methoden sichergestellt wird! Deswegen, Ihr habt es sicher alle in den vergangenen Tagen in den Medien verfolgt, machen wir uns auch für gesetzliche Regelungen für einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz in der KEP-Branche stark: „Fair zugestellt statt ausgeliefert“ - ist die Devise. Das Verbot des Einsatzes von Fremdpersonal bei Paketdienstleistungen muss jetzt gesetzlich geregelt werden. Zu lange schon wird hier durch die Arbeitgeber Missbrauch von Werkverträgen und Outsourcing betrieben. Wir wollen die Gewichtsbeschränkung von 20 kg für Paketsendungen - und die Kennzeichnungspflicht von schweren Paketen zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten! Und das alles muss dann endlich wirksam durch den Zoll kontrolliert werden!

Nach der fatalen Entscheidung der Bundesnetzagentur und vor der Entscheidung zur Novellierung des Postgesetzes - drohen ein Arbeitsplatzabbau und eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – und das in einer der Organisationskerne von ver.di. Das können wir nicht hinnehmen und das geht uns alle an. Deshalb haben wir am 09. Oktober hier in Berlin zu einer Großkundgebung aufgerufen, damit die Politik das Ausmaß ihrer Entscheidungen begreift. Volle Unterstützung und solidarische Grüße des gesamten Bundeskongresses für unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Deutschen Post und im ganzen Bereich der Zustellung und Logistik.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle verfolgen mit Sorge die Entwicklungen an der Autobahnraststätte in Gräfenhausen. Da stehen erneut mehr als 100 LKW-Fahrer aus vielen Nationen, denen schon lange von ihrem Auftraggeber kein Geld mehr gezahlt wurde. Vier Kollegen haben sich jetzt in den Hungerstreik begeben, so verzweifelt ist ihre Situation schon. Wir bereiten deshalb eine Resolution vor, mit der wir unsere Solidarität bekunden werden. Aber schon an dieser Stelle: Solidarische Grüße an die streikenden Kollegen in Gräfenhausen!

Aktuell – Ihr bekommt es alle in der Medienberichterstattung mit - läuft die Beratung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2024. Mit diesem Haushalt werden die politischen und finanziellen Weichen im Land gestellt – mit Wirkungen weit über das kommende Jahr hinaus.

Die Auseinandersetzung um den Bundeshaushalt ist auch deshalb so grundsätzlich, weil nach dem Willen der Mehrheit der Koalitionäre die Schuldenbremse wieder aktiviert und gleichzeitig Unternehmenssteuern gesenkt werden sollen. Eine fatale Fehlentscheidung! Mit absehbar dramatischen Folgen insbesondere in sensiblen Bereichen wie Kinderarmut, Gesundheit, Pflege und Bildung. Sensibel deswegen, weil es in diesen Bereichen um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht. Ganz konkret spreche ich hier insbesondere das unwürdige Gezerre um die Kindergrundsicherung an. Seit 2005 wächst in Deutschland jedes 5. Kind in Armut auf. Das ist für ein reiches Land wie Deutschland ein vernichtendes Zeugnis. In dieser Situation streitet die Regierung darüber, wie viel ihnen die Bekämpfung der Kinderarmut wert ist.

Familienministerin Lisa Paus sah ursprünglich dafür 12 Milliarden Euro an jährlichen Ausgaben vor. Und unser Finanzminister Christian Lindner stellt zeitgleich infrage, dass es überhaupt hilft, Eltern mehr Geld zu überweisen. Er hält stattdessen Integration, Sprachförderung, Beschäftigungsförderung der Eltern sowie mehr Geld für Schulen und Kitas für besser geeignet, um die Not zu lindern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, den zweiten Teil seiner Aussage teile ich. Wir brauchen mehr Investitionen in Schulen, Kitas und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere die Situation in den Kitas und der Jugendhilfe ist zwischenzeitlich für unsere Kolleg*innen unerträglich. Es ist jedoch ziemlich billig, diese unhaltbare Situation gegen eine Kindergrundsicherung auszuspielen - und gleichzeitig als Regierung bei der Bekämpfung des Bildungsnotstandes nicht zu liefern.

Aus meiner Sicht muss sich die Bundesregierung daran messen lassen, ob eine Kindergrundsicherung das soziokulturelle Existenzminimum der Kinder tatsächlich abdeckt und sie damit vor Armut schützt. Das als Maßstab genommen reichen die jetzt im Bundeshaushalt vorgesehenen 2,5 Milliarden Euro nicht aus. Da muss mehr kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kinderarmut ist eine Schande für Deutschland!

Auch an vielen anderen Stellen geht der Haushaltsentwurf in die völlig falsche Richtung. Einige weitere Beispiele: Erstens, die Pflegeversicherung ist chronisch unterfinanziert, mit entsprechenden Auswirkungen für die Qualität der Pflege. Der Bund hat die 5,3 Milliarden Euro nicht an die Pflegekassen zurückgezahlt, die sie zur Sicherung der Pflegeinfrastruktur in der Corona-Pandemie aufgebracht haben. Eine finanzielle Schieflage konnte kurzfristig nur durch Beitragserhöhungen für die Versicherten verhindert werden. Und in dieser Situation will die Ampel-Regierung bis zum Jahr 2027 im Haushalt nun eine Milliarde Euro an Bundeszuschüssen jährlich streichen. Die Bundesregierung entzieht sich damit nicht nur ihrer finanziellen Verantwortung, es werden zudem auch Beitragsgelder der Versicherten indirekt zur Sanierung des Bundeshaushalts zweckentfremdet.

Zweitens: Die steuerlich finanzierte Arbeitsmarktförderung von jungen Bürgergeldempfänger*innen unter 25 Jahren im SGB II, kurz U25, soll ins SGB III verlagert werden. Was bedeutet: Für die Kosten muss zukünftig die aus Beiträgen finanzierte Arbeitslosenversicherung aufkommen. Das ist aus Sicht der Bundesregierung auch der Clou. Dann kann sie nämlich im nächsten Jahr 500 Millionen Euro und ab 2025 dann 900 Millionen Euro im Bundeshaushalt einsparen. Zu Lasten von uns Beitragszahler*innen. Weitere Beispiele:

- Die Regierung plant Einsparungen beim Etatposten für Studierende von 440 Millionen und beim Schüler-BAföG von 210 Millionen Euro. Das wird die Bildungs- und Teilhabechancen vieler Kinder aus mittleren und unteren Einkommenshaushalten stark beeinträchtigen.

- Im Koalitionsvertrag steht "Politische Bildung und Demokratieförderung sind mehr gefordert denn je, denn auch in Deutschland steht die pluralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck." Das steht auf Seite neun von 144 Seiten - später wird es sogar noch konkreter: "Wir wollen die Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen". Wie passt es damit zusammen, dass die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung jetzt um etwa 20 Millionen Euro auf 76 Millionen zusammengestrichen werden sollen? Die Faschos tanzen auf den Tischen – und die Bundesregierung streicht die Demokratieförderung zusammen ...
- Und auch die freie Wohlfahrtspflege soll Federn lassen, um 25 Prozent. Da geht es beispielsweise um die Migrationsberatung und Förderung für erwachsene Zugewanderte aus der Ukraine und weiteren Krisenregionen dieser Welt. Bei der Eingliederungshilfe für Arbeitslose werden nächstes Jahr 500 Millionen Euro eingespart.

Wir sehen auf ganzer Breite im Bundeshaushalt ein Spardiktat zulasten der Bereiche Soziales, Integration und Bildung, gleichzeitig bleiben akute Handlungsbedarfe unbeantwortet, etwa bei den Krankenhäusern. Etliche Häuser können den aufgelaufenen Investitionsstau nicht mehr bewältigen – aufgelaufen klafft eine Lücke von 25 Milliarden Euro.

Hinzu kommen die Belastungen durch hohe Energiepreise. Viele Krankenhäuser sind akut in einer alarmierenden wirtschaftlichen Situation, erste Insolvenzen sind schon da. Die zwischen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und den Ländern zusammengezwimmerte Krankenhausstrukturreform ist unzureichend genug. Insbesondere, weil sie eben keine vollständige Abkehr vom System Fallpauschalen bedeutet.

Aber auch die sinnvollen Elemente in den Reformüberlegungen erübrigen sich, wenn auf dem Weg dahin eine große Zahl von Krankenhäusern einfach dahinstirbt. Das ist dann eine Strukturreform nach Kassenlage. Deshalb unterstütze ich die Forderung der Deutschen Krankenhausgesellschaft nach einem Sofortprogramm zur Rettung der Krankenhäuser in Höhe von 10 Milliarden Euro ausdrücklich. Allein: Im Bundeshaushalt ist dafür kein einziger Euro vorgesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier läuft etwas total in die falsche Richtung: Ein Bundeshaushalt – und auch die Haushalte in den Bundesländern – unter dem Regime der Schuldenbremse.

Und im gleichen Atemzug sollen die Unternehmen im Rahmen des Wachstumschancengesetzes steuerlich weiter entlastet werden. Damit würden ungefähr 20 Milliarden Euro in den nächsten Jahren in den Kommunen fehlen. Die Wirtschaft wird gefördert, während gleichzeitig die öffentliche Infrastruktur verkommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier läuft etwas grundsätzlich falsch! Deutschland kann sich das Dogma der Schuldenbremse schlichtweg nicht leisten. Denn es kostet uns die Zukunft! Wenn die Regierung die Menschen mitnehmen will auf eine Reise in die Zukunft, deren Weg schon jetzt ziemlich steinig und holperig ist, dann muss in Bildung, in Umbau und in Infrastruktur investiert werden. Und dafür müssen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die es sich leisten können, einen angemessenen Beitrag zu leisten!

Nun ist es zwar grundsätzlich nicht falsch, Kritik an Christian Lindner zu üben – und auf einem Gewerkschaftskongress eine ziemlich sichere Stelle für einen Applaus. Aber – der Bundesfinanzminister ist ja nicht allein, hier steht die gesamte Bundesregierung in der Kritik – und die sie tragenden Parteien. Hier läuft etwas grundsätzlich falsch – und deshalb fordern wir als ver.di ein Gegensteuern: Für Investitionen und soziale

Gerechtigkeit! Stoppt den Unfug der Schuldenbremse! Und Steuern rauf für Reiche und Superreiche!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung legt nun endlich auch ihr Rentenpaket vor. Es sieht vor, das gesetzliche Rentenniveau bis 2039 bei 48 Prozent zu stabilisieren. Wie ihr wisst, wollen wir 53 Prozent, das wäre notwendig und gerechter! Das bisher bereits beschlossene weitere Absinken des Rentenniveaus würde mit der Festschreibung der 48 Prozent allerdings wenigstens nicht fortgesetzt. Das ist ein Teilerfolg unserer Aktivitäten, aber das reicht uns nicht. Im Rahmen des Rentenpaketes plant die Bundesregierung jedoch auch einen Systemwechsel. Ich spreche von der Aktienrente - neuerdings in Generationenkapital umgetauft. Die Regierung plant ab 2024 jedes Jahr 12 Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen, um bis Mitte der 2030er-Jahre rund 200 Milliarden Euro angehäuft zu haben.

Zudem sollen Bundesbeteiligung von rund 15 Milliarden Euro insbesondere von Post und Telekom dazukommen. Dieses Geld soll dann am Kapitalmarkt angelegt werden und dort Renditen erzielen, um mit diesen die gesetzliche Rente ergänzend zu finanzieren. Soweit der Plan. Dazu ein Rechenbeispiel auf der Grundlage des letzten Rentenversicherungsberichts: Will man im Jahr 2037 einen halben Beitragspunkt der Rentenversicherung senken, muss der Fonds jährlich 13,8 Milliarden Euro Gewinn abwerfen. Wobei, bevor der Kapitalstock auch nur einen Euro zu Gunsten der Rentenkasse abwirft, müssen natürlich erst mal die Zinsen verdient werden, denn das Ganze soll ja über Kredite finanziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einer der größten Vermögensverwalter – Allianz Global Investors - kommt bezogen auf die Renditechancen zum Schluss, ich zitiere aus dem Handelsblatt vom 7.8.2023: „Ausreichend sind sie nicht – und sicher schon gar nicht“.

Und weiter: „Im schlechtesten Fall steige der Schuldzins über die Dividendenrendite.“ Die Aktienrente werde dann zu einem Zuschussgeschäft, das nur von der Erwartung lebe, mittel- bis langfristig zu Wertzuwächsen zu kommen. Soweit „Allianz Global Investors“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rein rechnerisch macht eine solche Aktiensäule in der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann Sinn, wenn die jährlichen Zuführungen nicht über Kredite finanziert werden. Und genau darauf spekulieren die Fans der Aktienrente. Und Finanzminister Lindner ist wenigstens so ehrlich, das auch auszusprechen.

Er will einen Teil der Rentenversicherungsbeiträge in den Aktienfond umleiten. Was nichts anderes bedeuten würde - als eine Zockerei mit den Beiträgen der Versicherten im großen Casino des Kapitalismus. Er wartet nur auf die passende Gelegenheit – und spätestens wenn die Zinskosten für den Bund anhaltend hoch sind, hat er auch ein Argument. Es geht hier um einen grundsätzlichen Systemwechsel – und die anderen Koalitionäre lassen der FDP ihren Willen. Den Abgeordneten Frank Bsirske nehme ich hier ausdrücklich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein rentenpolitischer Irrwitz! Zudem wollen wir nicht, dass die Beteiligungen des Bundes an Post und Telekom verscherbelt werden – und die Beschäftigten noch stärker unter Renditedruck geraten! Ordentliche Renten gibt es, wenn es gute Tarifabschlüsse und mehr Tarifbindung gibt – dafür kämpfen wir! Stoppt die Zockerei mit unserer Rente!

Noch eine aktuelle Entscheidung: Die Ampel-Regierung hat jetzt beschlossen, das Bürgergeld um 61 Euro auf 563 Euro zu erhöhen. Das war richtig, auch wenn es angesichts der aktuellen Preissteigerungen nur ein kleiner Tropfen auf einem zu heißen Stein sein kann. Aber selbst das ist einigen zu viel: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz behauptet, ein höheres Bürgergeld führe dazu, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Angeblich fördert ein höheres Bürgergeld den millionenfachen Hang zur „Faulenzerei“.

Und Christian Lindner beklagt eine angeblich mangelnde Leistungsbereitschaft. Und die Bild-Zeitung haut munter in dieselbe Kerbe.

Liebe Kolleg*innen - das ist eine gnadenlose Diffamierungskampagne! Da werden Beschäftigte mit niedrigen Einkommen und Erwerbslose auf perfide Art und Weise gegeneinander ausgespielt. Jede und jeder fünfte Beschäftigte arbeitet hierzulande für einen Niedriglohn. Fast acht Millionen Beschäftigte arbeiten hart, obwohl ihr Lohn häufig nicht zum Leben reicht. Ihnen wird nach dem Motto „Der Ehrliche ist der Dumme“ suggeriert, dass es ihnen mit dem Bezug sozialer Transferleistungen besser ginge. Erwerbslosen wird pauschal Faulheit unterstellt – und fehlende Arbeitsmoral. Das ist eine Platte, die war in den 80er-Jahren schon abgenudelt und ist seitdem nicht besser geworden! Das ist schäbig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das Leistungsprinzip stärken will, sollte nicht mangelnde Arbeitsmoral beklagen, sondern mal den Mindestlohn unter die Lupe nehmen. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ist dafür da, damit Menschen in Würde von ihrer Arbeit leben können. Und wer hat die Debatte um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns begonnen – gegen alle Zweifler und Gegner? Wer hat nicht nachgelassen, entgegen aller Unkenrufe vom Arbeitsplatzabbau bis zum Ende der deutschen Wirtschaft? Das waren wir - ver.di. Und deshalb sind wir auch in der aktuellen Auseinandersetzung so entschlossen unterwegs. Weil Arbeit nicht arm machen darf, weil Geschäftsmodelle, die auf Lohndumping setzen, keine zukunftsfähigen Geschäftsmodelle sind. Weil arbeiten in Armut zu Rentenarmut führt. Der Bundestag hat im Oktober 2022 den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöht.

Das war angemessen und ein Erfolg. Nun will die Mindestlohnkommission - gegen die Stimmen der Gewerkschaften - dass der Mindestlohn in zwei Schritten bis zum Jahr 2025 auf lediglich 12,82 Euro angehoben wird. Damit kommt heute niemand mehr über die Runden, insbesondere nicht bei diesen Preissteigerungen – das ist beschämend! Dabei muss Deutschland nach der EU-Mindestlohn-Richtlinie sicherstellen,

dass der gesetzliche Mindestlohn einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht – so wie alle EU-Mitgliedstaaten. Andrea Kocsis hat für uns in der Mindestlohnkommission gekämpft, wir sind dort niedergestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können und wollen nicht akzeptieren, dass 6 Millionen Menschen arm trotz Arbeit sind. Die Armutsschwelle liegt bei 60 Prozent des mittleren Einkommens. Das bedeutet rund 14 Euro.

Das Konzept der Mindestlohnkommission funktioniert nur dann, wenn wir es mit Arbeitgebern zu tun haben, die wenigstens einen Funken von Verantwortung übernehmen und nicht völlig den Bezug zur Lebensrealität von hart arbeitenden Menschen verloren haben. Das Gegenteil ist leider der Fall. Deshalb braucht es eine grundlegende Reform des Mindestlohngesetzes. Die Empfehlungen müssen die EU-Standards einhalten. Das heißt, auch in Deutschland braucht es ein Mindestlohn oberhalb der Armutsschwelle. Mindestens 60 Prozent vom Median. Einigt sich die Kommission nicht, dann ist stattdessen die Bundesregierung gefordert. Und auch bei der jetzigen „Nichteinigung“ in der Kommission braucht es eine politische Entscheidung, um nicht unter diese 60 Prozent zu rutschen: Deshalb fordere ich die Bundesregierung dazu auf, die Kriterien der EU-Richtlinie sofort umzusetzen und den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn bereits ab dem nächsten Jahr auf 14 Euro zu erhöhen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Ich bin sicher, uns allen brennt ein Thema unter den Nägeln, das uns nicht nur bei den Diskussionen in der Antragsberatung auf diesem Kongress beschäftigt und das nicht erst durch die Wahl des ersten AfD-Landrats in Sonneberg an Fahrt aufgenommen hat. Oder dadurch, dass die BILD-Zeitung stakkatoartig jedes halbe Prozent, das die AfD in den aktuellen Umfragen zulegt, als neue Schockumfrage heraus schreit. Als würde sie bei einem

großen Crash auf der Autobahn keine Rettungsgasse bilden, sondern extra nah ranfahren, um noch ein paar scharfe Fotos von Verletzten zu machen.

Liebe Kolleg*innen, uns treibt gemeinsam die Sorge um die Stabilität unserer Demokratie um. Und wir stehen vor wichtigen Landtagswahlen und der Wahl des EU-Parlaments. Fakt ist: In den Meinungsumfragen ist die AfD so stark wie nie. Fakt ist auch: Die Spaltung der Gesellschaft hat dramatisch zugenommen. Die Rechte betreibt mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete, gegen Politikerinnen, gegen queere Menschen, gegen die Medien und gegen Aktivist*innen eine gezielte und systematische Verrohung des politischen Diskurses. Und ihr Sprachrohr ist die in weiten Teilen rechtsradikale und vom Verfassungsschutz beobachtete AfD.

Sie sitzt in den Parlamenten und nutzt das als Bühne. Die Konsequenz all dieser Hetze von rechts ist eine zunehmende Gewalt von rechts. Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf politisch Andersdenkende, auf trans*Menschen und die Einschüchterung von Journalist*innen und Politiker*innen.

Liebe Kolleg*innen, das treibt uns als Gewerkschaft um. Als ver.di sind wir klar aufgestellt und folgerichtig hat die AfD mit ihrem arbeitnehmerfeindlichen Programm uns auch als einen ihrer Hauptgegner identifiziert. Die AfD-Leute sprechen es ja auch ganz offen aus: Sie würden „aufräumen“, wenn sie an die Macht kommen. Und unter anderem „wir“ sind damit gemeint.

Viele von euch sind gegen rechte Scharfmacher und Rassisten aktiv, in euren Betrieben oder Dienststellen und auf der Straße - mit unseren Bündnispartnern. Ihr verteidigt damit tagtäglich unsere Demokratie. In unserer Bildungsarbeit und durch Coachings unterstützen wir die Kolleginnen und Kollegen, die in der vordersten Linie der Verteidigung der Demokratie stehen. Da, wo sich in Betrieben Rechte bereits eingegraben haben. Da, wo sie über Tarnlisten und Pseudogewerkschaften bereits

Mandate in Betriebs- oder Personalräten gewonnen haben. Formate wie die „Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung“ oder das Konzept „Fakten statt Populismus“, das gezielt Jahrgänge von Auszubildenden anspricht, ergänzen unsere Aktivitäten. ver.di und die ver.di-Jugend sind in einigen Regionen die einzige verbliebene handlungsfähige gesellschaftliche Kraft - und damit der Kern von antifaschistischen Bündnissen.

Es gibt für ver.di keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD. Wir ignorieren ihre parlamentarischen Initiativen, nehmen keine Einladungen an. Und selbstverständlich findet die AfD auch kein Forum auf Veranstaltungen von ver.di. Und diesen Kurs werden wir beibehalten, auch dann, wenn – wie zu befürchten ist, die AfD womöglich künftig in einem Landtag die stärkste Fraktion stellen sollte! Und damit bin ich beim Thema „Brandmauer“: Wenn die AfD Abgeordnete stellt, sind die demokratischen Parteien in der parlamentarischen Arbeit gefordert. Das gilt auch dann, wenn die AfD Landräte oder Bürgermeister stellt. Und auch ver.di-Personalräte oder unsere Bezirke werden mit AfD-Landräten qua Funktion umgehen müssen. Eine Grundlage für eine „Zusammenarbeit“ ist das dann jedoch noch lange nicht.

Deshalb – liebe Kolleginnen und Kollegen - sind Aussagen aus der Union, zumindest in den Kommunen sei eine Zusammenarbeit unumgänglich, so bemerkenswert – und gefährlich. Und - wenn das der Partei- und Fraktionsvorsitzende in einem Sommerinterview sagt, dann ist das kein Versehen, sondern das Austesten des Sagbaren und des Möglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 wäre ohne die Vorbereitung durch eine Zusammenarbeit von bürgerlichen Parteien mit der NSDAP in den Ländern der Weimarer Republik kaum möglich gewesen. Thüringen war am Ende der Weimarer Republik eines der Testfelder, um die Nazis hoffähig zu machen. Deshalb – wehret den Anfängen!

ver.di steht für eine vielfältige, solidarische Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt leben können. Egal woher sie kommen, woran sie glauben, wie sie aussehen, welches Geschlecht sie haben oder wen sie lieben. Antisemitismus ist für uns keine Jugendsünde. Die Menschenrechte gelten für alle und sind nicht verhandelbar! Übrigens auch nicht für Geflüchtete, die ein Menschenrecht auf Asyl haben! Die Verteilungsfrage ist für uns eine zwischen Kapital und Arbeit - und nicht eine Frage der Herkunft, wie die Rechten es behaupten! Kein Fußbreit den Faschisten, kein Fußbreit den Nazis und ihren Helfern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr wisst es, Ihr habt es miterlebt, und wir haben auch gerade noch mal ein paar Schlaglichter darauf geworfen: Die vergangenen vier Jahre hatten es in sich! Und doch ist uns zusammen mehr gelungen, als wir es uns vielleicht selbst zugetraut hätten. Und wir sind mit einem klaren Kurs unterwegs: Wir antichambrieren nicht mit den Mächtigen und wir suchen keine einseitige Nähe zu einzelnen politischen Parteien. Zu keiner Partei. Wir sind unabhängig, aber ganz gewiss nicht unpolitisch. Wir mischen uns ein, weil wir Ungerechtigkeit nicht akzeptieren und wir kämpfen gemeinsam!

Und darauf kommt es an, wenn wir sagen: Wir sind ver.di. Und ich bin dabei stolz auf dieses „Wir“! Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir in diesen vier Jahren geschafft haben, ist uns gemeinsam gelungen: Ehrenamt und Hauptamt Hand in Hand. Das gilt für die Arbeit im Betrieb und in der Dienststelle, in unseren regionalen Gliederungen und in den Fachbereichen und das ist auch unser gemeinsamer Kurs für die Zukunft. Morgen braucht uns! Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit. Glück auf!